



Gabriele und Peter Scherle

Zum Streit um die christliche Friedensethik angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine

Gabriele und Peter Scherle haben sich mit einem Gastartikel in der FAZ unter dem Titel „Der ‚liebe Gott‘ ist tot“ (27.03.2022) zu Wort gemeldet. Sie legen Einspruch ein gegen Teile der Friedensbewegung, die ihrer Meinung nach angesichts des Krieges in der Ukraine zu einfach vom „gerechten Frieden“ reden. Die Junge.Kirche möchte dem Gespräch über den kirchlichen Beitrag zum Weg des Friedens Raum geben und hat beide Theolog*innen gefragt, ihre Beweggründe zu formulieren.

Zu Beginn dieses Jahrzehnts sind die Illusionen zerplatzt, die sich mit der Erwartung verbunden haben, „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ seien zusammen politisch machbar und lägen in den Händen der Menschen. Die Corona-Pandemie hat offengelegt, wie ungerecht die medizinische Versorgung auf dem Globus verteilt ist. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass der Gewalt und dem Vernichtungswillen mit zwingender Macht Grenzen gesetzt werden müssen, um wenigstens den Nicht-Krieg zu erreichen. Der Sommer 2022 hat gezeigt, dass wir mit der Klimakrise – sozusagen „in den Ruinen des Kapitalismus“ (Anna Tsing) – leben und die „Blütenwiesenträume“ (Günter Thomas) von einer nicht gesellschaftlich geformten Natur aufgeben müssen.

In aller Deutlichkeit zeigt sich, wie sehr sich die ökumenisch inspirierte Ethik übernommen hat, die sich mit dem Satz verbindet: „Gott hat keine anderen Hände als unsere“. Denn dabei ist die Voraussetzung verloren gegangen, dass es Gott ist, der „die ganze Welt in seiner Hand“ hält. „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ sind Verheißungen des Gottes, der „Bund und Treue hält ewiglich“. Wir können aus dieser Hoffnung leben und ihr insoweit entsprechen, als wir Ungerechtigkeit (Not, Unfreiheit usw.), Gewalt und Krieg, sowie die Beschädigung von Ökosystemen minimieren.

Aus dieser theologischen Perspektive ist es irritierend, dass sich die friedensethische Diskussion im deutschen Protestantismus im Blick auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine so sehr auf die Frage nach der prinzipiellen Gewaltfreiheit konzentriert. Um den Horizont zu weiten, sollen im Folgenden drei Grundannahmen kritisch befragt werden. Wir wollen zunächst dem biblischen Zeugnis nachgehen, wie der „Gott des Friedens“ sich mit der real existierenden Gewalt auseinandersetzt. Anschließend soll das gegenwärtig immer wieder bemühte Postulat der Vollversammlung des ÖRK von Amsterdam (1948) „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ im Blick auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine reflektiert werden. Abschließend sollen die Probleme der friedensethischen Formel „gerechter Friede“ in den Blick genommen werden.

Gott und die Gewalt – das Zeugnis der Bibel

Die biblischen Texte entstehen in einer Welt „voller Gewalttat“ (Gen 6,11). Sie versuchen zu verstehen, wie sich der Gott, der Israel Bund und Treue hält und – im babylonischen Exil – als Schöpfer des Himmels und der Erde erkannt wird, zu dieser Gewalt verhält. Die entscheidende Lebensbewegung Gottes wird in der „Einwohnung“ um der „Rettung“ willen gesehen, d.h. Gott geht in die irdischen Gewaltverhältnisse hinein, setzt sich ihnen aus, wird in sie verwickelt und versucht sie zu

Zu Beginn dieses Jahrzehnts sind die Illusionen zerplatzt, die sich mit der Erwartung verbunden haben, „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ seien zusammen politisch machbar und lägen in den Händen der Menschen.



überwinden. Vier solcher Lebensbewegungen Gottes prägen als Kristallisationspunkte inhaltlich den Korpus der Bibel.

Im Exodus führt Gott die Israeliten und mit ihnen viel Volk (erev rav) aus Ägypten heraus. Die Befreiung Israels ist eine Geschichte voller Gewalt, die von Gott ausgeht. Die Rabbinen haben das Problem kommentiert, indem sie von den Engeln erzählen, die den Tod der ägyptischen Soldaten im Roten Meer feiern. Gegen diese Siegesfeier der Engel lassen Sie Gott – dem diese Gewalt aber zuzurechnen ist – protestieren, der nunmehr über den Tod seiner Geschöpfe trauert.

Die zweite Verwicklung Gottes ist die Exilierung Israels. Gott selbst hat Israel der Gewalt der Babylonier preisgegeben. Allerdings – so die weitere Reflexion über die biblischen Texte hinaus – setzt sich Gott selbst den Folgen aus und geht in Gestalt der Schechinah selbst mit ins Exil.

Die dritte Verwicklung Gottes ist die Kreuzigung Jesu Christi. Hier setzt sich Gott selbst der Gewalt aus, deren Gang er nicht aufhält. Dieser Gewaltverzicht Jesu ist kein gewaltfreier Widerstand, sondern nimmt innergeschichtlich mit dem eigenen Kreuzestod eine Niederlage in Kauf, wie die Jünger auf dem Weg nach Emmaus feststellen: Er hat sein Volk nicht erlöst. Dass sein Tod nicht das Ende ist, liegt in einer machtvoll gewalthaltigen Lebensbewegung, die Paulus der Kraft des Heiligen Geistes zuordnet: Christus steigt hinab in das Reich des Todes, sprengt die Pforten des Todesreiches auf und reißt die Toten hinauf in die Gegenwart des lebendigen Gottes.

Damit wird auch die vierte Verwicklung schon eröffnet: die Verwandlung und Erneuerung der ganzen Schöpfung. So sehr die biblischen Texte sich auch bemühen, sie können sich diese Neuschöpfung auch nur als Überwindung des Todes durch den Tod und die Überwindung der Gewalt nur durch Gewalt vorstellen. Die apokalyptischen Texte, in denen Gewaltopfer ihre Rettung allein noch durch Gott erhoffen, imaginieren zwar das Ende aller Gewalt und die Heilung der verletzten Völker mit Blättern von den Bäumen des Lebens (Offb 22,2). Aber die menschliche Vorstellungskraft hat als Grenze, wie die Befreiung der Schöpfung von der Macht der Sünde, des Bösen und des Todes ohne ihre (Ver-)Nichtung gelingen soll.

So bezeugen Exodus, Exil, Kreuzigung und apokalyptische Neuschöpfung nach der Schrift einen Gott, der den irdischen Gewaltverhältnissen nicht

unbeteiligt gegenübersteht. Gott gibt sich hinein, wird selbst in die Gewalt verwickelt. Allerdings – und eben darum geht es in den Texten – will Gott jene Welt „voller Gewalttat“ in eine neue Schöpfung verwandeln, die alle Opfer dieser Gewalt aufrichtet und dem Seufzen aller Kreatur ein Ende bereitet. Das Gericht, in dem Gott die Schöpfung von der Sünde, dem Bösen und dem Tod erlöst, ist das „Ferment der Neuschöpfung“. Aus dieser Hoffnung – die in den Texten eben nicht als innergeschichtliche Möglichkeit gesehen wird, sondern als Erwartung des umfassenden Schalom, die sich mit dem Kommen Gottes verbindet – speist sich christliche Friedensethik.

Gott und der Krieg – die aktuelle Debatte und ihre Probleme

In den gegenwärtigen friedensethischen Debatten wird ein anderer Ausgangspunkt gewählt: eine Ethik des Sollens. Programmatisch dafür ist der Satz: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“. Er nimmt seinen Ausgangspunkt nicht beim biblischen Zeugnis (das eben auch vom „Herr der Heerscharen“ spricht und von Christus als kommandem Richter), sondern von einem normativen Sittengesetz, das als Gottes Wille für alle Fälle deklariert wird. Dabei wird jedoch der Kontext des Satzes ausgeblendet. Zum einen war damit keinesfalls gemeint, dass dem gerade zu Ende gegangenen Krieg gegen Hitler-Deutschland die ethische Legitimation abgesprochen wurde. Zum anderen war der Satz nicht bedingungslos pazifistisch gemeint, sondern nuklear-pazifistisch: Angesichts der Zerstörungskraft der Nuklearwaffen sollte ein Atomkrieg ethisch delegitimiert werden. Schon deshalb ist es höchst fragwürdig, wenn mit dem Amsterdam-Zitat die militärische Selbstverteidigung der Ukraine delegitimiert werden soll. Denn das setzt die Unterscheidung der gesellschaftlichen Funktionsbereiche Religion und Politik außer Kraft und leugnet die theologische Unterscheidung der zwei Regimente Gottes. Allerdings führt der Verzicht auf solche Unterscheidung von „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ (Karl Barth) geradewegs in jene theo-politische Logik, die einst im „Täuferreich“ zu Münster herrschte und die heute auch der Moskauer Patriarch Kyrill in Anspruch nimmt, wenn er die „symphonia“ von russischem Staat und orthodoxer Kirche beschwört.



Mit der Einführung der Formel „gerechter Friede“ ist allerdings nicht geklärt, ob dieser Begriff die eschatologische Verheißung des umfassenden und von Gott herkommenden Schalom beschreiben soll, oder ob es das Leitbild politischen Handelns sein soll, das die christlichen Kirchen fordern und selbst auch fördern wollen.

Dazu kommt noch, dass im Fall des Angriffs auf die Ukraine nicht die Frage nach Tätern und Opfern gestellt wird. Stattdessen wird der Gegenstand der Diskussion abstrahiert: Es geht, so ist es wieder und wieder zu lesen und zu hören, um Krieg an sich, nicht um den russischen Angriffskrieg. In der Folge verschwinden die Opfer aus dem Blick und es kommt zu Täter-Opfer-Umkehrungen. Das lässt sich in den offenen Briefen und Appellen erkennen, in denen die Ukrainer bzw. die ukrainische Regierung als Subjekte nicht vorkommen. Schlimmer noch: Den Ukrainern kann dann die Schuld an der Fortsetzung des Krieges gegeben werden, weil sie sich militärisch verteidigen. Deshalb sei dann auch jede Waffenlieferung grundsätzlich abzulehnen. Das eschatologisch zu nennende Ziel der „Überwindung des Krieges“ – oder gar der „Überwindung der Gewalt“, wie ein Programm des ÖRK betitelt war – hat die Frage verdrängt, wie die Ukrainer vor dem russischen Vernichtungswillen bewahrt werden können.

Solchermaßen immunisiert gegen die Realität des Angriffskrieges werden noch zwei politische Argumente eingeführt, die auf politischen Überzeugungen beruhen. Diese haben nichts mit einem religiös begründeten Gewaltverzicht zu tun, der ja nur eine Selbstverpflichtung sein kann.

Zum einen wird die Überzeugung vertreten, dass sich Russland in diesem Krieg gegen die Aggression der USA und der europäischen Staaten selbst verteidige. Die Stichworte dazu heißen Ost-Erweiterung der NATO und der EU. Die Hinwendung der Ukraine zu diesen Staatenbündnissen sei also der eigentlich aggressive Akt, Russland mithin das Opfer, das zur Selbstverteidigung berechtigt sei und gegen das nun mittels Sanktionen ein „Wirtschaftskrieg“ geführt werde. In zugespitzter Form findet sich dann bei Rechts- und Linkspopulisten sogar eine Rechtfertigung der Sakralisierung der „Spezialoperation“ in der Ukraine als „metaphysischer Kampf“ durch den russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill. Demnach verteidige sich Russland gegen das Eindringen liberaler westlicher Werte und Lebenshaltungen, die aus (jüdisch-)kapitalistischen Einflüssen stammen. Wer den Krieg in der Ukraine so versteht – als russischen Widerstand gegen die westliche Moderne, den Kapitalismus und die USA – kann sich mit dem politischen Ziel einer europäischen Sicherheitsordnung von Lissabon bis Wladiwostok unter dem russischen Atomschirm anfreunden. Nichts anderes ist auch impli-

ziert, wenn die „Eskalationsdominanz“ Russlands als Argument gegen die westliche militärische Unterstützung der Ukraine eingeführt wird. Es bedeutet, das Ungleichgewicht des Schreckens zu akzeptieren, die Angst vor Putins Russland auf Dauer zu stellen.

Zum anderen wird vertreten, es gäbe eine realpolitische Alternative zur militärischen Selbstverteidigung der Ukraine, nämlich die gewaltfreie soziale oder zivile Verteidigung. Unter Bezug auf zwei amerikanische Friedensforscherinnen wird suggeriert, dass die größere Effektivität einer solchen zivilen Verteidigung empirisch bewiesen sei. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass die Untersuchungen von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan sich gar nicht auf einen solchen Angriffskrieg beziehen, also gar kein Argument in Sachen Ukrainekrieg liefern.

Irritierend ist weiterhin, dass der Eindruck erweckt wird, als gäbe es für die überfallene Ukraine eine Wahl zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Wer jedoch die russische Kriegsführung gegen die Bevölkerung und die vielfach erklärte Zielsetzung der Vernichtung der Ukraine als Staat mit in den Blick nimmt, kann sehen, dass es sich in Wahrheit um eine Wahl zwischen zeitlich begrenztem Widerstand mit militärischer Gewalt (ergänzt durch vielfältige und fantasievolle Formen zivilen Widerstands) oder das dauerhafte und ausweglose Erleiden von Gewalt unter russischer Herrschaft handelt, die als neo-imperial und neo-kolonial bezeichnet werden kann.

„gerechter Friede“ – göttliche Gabe oder politischer Leitbegriff?

Der Leitbegriff christlicher Friedensethik lautet seit 2007 „gerechter Friede“. Darin spiegelt sich eine Weitung des Friedensbegriffs, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzogen hat, der seit der Antike auf die ethischen Fragen von Krieg und politischer Macht/Gewalt verengt war. Mit der Einführung der Formel „gerechter Friede“ ist allerdings nicht geklärt, ob dieser Begriff die eschatologische Verheißung des umfassenden und von Gott herkommenden Schalom beschreiben soll, oder ob es das Leitbild politischen Handelns sein soll, das die christlichen Kirchen fordern und selbst auch fördern wollen.

Als Leitbild politischen Handelns teilt der Begriff das Schicksal aller Leitbilder, die der Aus-



richtung strategischen Handelns dienen sollen. Solche Leitbilder sind nur lose gekoppelt mit den eigentlichen strategischen Entscheidungen. Deshalb können die einen daraus ableiten, dass es dem gerechten Frieden diene, wenn die Ukraine sich nicht länger militärisch zur Wehr setzt. Die anderen wiederum können argumentieren, dass eben der militärische Widerstand einen gerechten Frieden erst möglich macht.

Der Status des Begriffs „gerechter Friede“ muss also anders bestimmt werden. Er benennt das umfassende Schalom, das als göttliche Gabe zu verstehen ist, von dem her Christen und Juden leben. Mit den Worten der Denkschrift der EKD aus dem Jahr 2007: „Aus Gottes Frieden leben“. Wer aus Gottes Frieden lebt, kann sich nicht damit abfinden, dass in dieser Welt Gewalt, Not, Unfreiheit, Zerstörung der Ökosphäre und Unsicherheit herrschen. Deshalb beteiligen sich Christenmenschen an der Minimierung eben dieser Beschädigungen des Lebens. Weil sie auf die Durchsetzungskraft Gottes in der Neuschöpfung vertrauen, können sie getrost handeln. Sie sind untröstlich über den Krieg in der Ukraine und wünschen sich die Überwindung der Gewalt und einen gerechten Frieden. Aber sie wissen, dass sie „jenseits von Eden“ und „diesseits des neuen Himmels und der neuen Erde“ die Gewalt nur eindämmen, gerechten Frieden nur ersehnen können.

Um es noch deutlicher zu machen. Es ist eine folgenreiche Verkürzung des Friedensbegriffs, wenn gesagt wird, es hätte 77 Jahre Frieden in Europa gegeben. Ganz offensichtlich ignoriert dies kriegerische Auseinandersetzungen in Europa (von Nordirland über Zypern und Bosnien bis zur Ukraine) und eine „imperiale Lebensweise“, bei der Europa Gewalt, Not, Unfreiheit, Zerstörung der Ökosphäre und Unsicherheit in andere Weltgegenden externalisiert hat. Es gab auf diesem Planeten noch nie einen umfassenden „gerechten Frieden“ und es wird ihn auch nicht geben können. Die Menschheit, die als kollektives Subjekt nicht handeln kann, hat genug damit zu tun, die unterschiedlichen Aufgaben der Minimierung zu bewältigen und zu klären, welche politischen Entscheidungen im Konfliktfall zu treffen sind.

Darin ist auch der Grund zu sehen, warum sich der Begriff „gerechter Friede“ in der globalen Ökumene nicht durchgesetzt hat. Die Formel wird als Möglichkeit der reichen Länder betrachtet, die Frage nach der Gerechtigkeit dem Anliegen unter-

zuordnen, ihren Frieden zu haben. Damit der Kampf gegen die Ungerechtigkeit nicht nachrangig wird, wird im Kontext des ÖRK der „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ propagiert. Dabei zeigt sich, dass der Kampf gegen die Zerstörung der Ökosphäre durch die Begriffe Gerechtigkeit und Frieden nicht erfasst ist.

Von der christlichen Hoffnung

Wir werden also weiter streiten, welche Wege der Minimierung richtig sind. Solcher Streit in der „Bürgergemeinde“ ist auch im Blick auf die Ukraine unabdingbar. In der „Christengemeinde“ darf allerdings erwartet werden, dass wir uns nicht von Angst bestimmen lassen. Denn wir hoffen auf das Kommen und die Durchsetzungskraft Gottes. Christenmenschen mögen diesen Glauben unterschiedlich zum Ausdruck bringen. Entweder in Gestalt aktiver Gewaltfreiheit (die sich in Deutschland gegenwärtig nur als humanitäre Hilfe für die Opfer zeigt, nicht aber in Aktionen, die die Täter adressieren), oder in Gestalt der Mischung der Unterstützung von rechtserzwingender militärischer Gewalt und gewaltfreien Sanktionen. In beiden Fällen bleiben wir angewiesen auf jene Transformation, die mit den Worten Gericht und Neuschöpfung beschrieben wird.

Darin ist auch der Grund zu sehen, warum sich der Begriff „gerechter Friede“ in der globalen Ökumene nicht durchgesetzt hat. Die Formel wird als Möglichkeit der reichen Länder betrachtet, die Frage nach der Gerechtigkeit dem Anliegen unterzuordnen, ihren Frieden zu haben.



In vielen Schulen gibt es Friedensaktionen für die Ukraine